

Die Preise verstehen sich ab Werk, zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Mehrwertsteuer. Rechnungsbeträge sind innerhalb von 10 Tagen nach Rechnungserhalt ohne Abzug zahlbar, netto Kasse. Abweichende Zahlungsziele können im Einzelfall nach vorheriger Vereinbarung gewährt werden. Blockaufträge sind innerhalb von 6 Monaten abzunehmen, andere Fristen nach Vereinbarung. Rechnungsbeträge unter EUR 150,00 sind sofort zahlbar, netto Kasse, ohne Abzug von Skonto. Mitglied der Treuhandgemeinschaft für Textilindustrie GmbH, Krefeld.

Änderungen der Einheitsbedingungen: Einheitsbedingungen der Deutschen Textilwirtschaft daher mit Änderungen in folgenden Paragraphen:

§ 4 Vertragsinhalt

2. Blockaufträge sind zulässig und müssen bei Vertragsabschluss befristet werden. Die Abnahmefrist darf höchstens 6 Monate betragen. Andere Fristen nach Vereinbarung.

§ 9 Zahlung

2. Rechnungen sind zahlbar.

1. Innerhalb von 10 Tagen nach Rechnungserhalt ohne Abzug zahlbar, netto Kasse.
Ab dem 11. Tag tritt Verzug gemäß § 286 Abs. 2 Nr. 1 BGB ein.
2. Andere Zahlungsziele nach Vereinbarung.
3. Rechnungsbeträge unter EUR 150,00 sind sofort zahlbar , netto Kasse, ohne Abzug von Skonto

EINHEITSBEDINGUNGEN DER DEUTSCHEN TEXTILWIRTSCHAFT

in der Fassung vom 01.01.2020

§ 1 Geltungsbereich

1. Die Einheitsbedingungen gelten ausschließlich zwischen Kaufleuten.
2. Für alle Lieferungen und Leistungen des Verkäufers gelten ausschließlich die nachstehenden Einheitsbedingungen der deutschen Textilindustrie. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers erkennt der Verkäufer nicht an, es sei denn, der Verkäufer hätte ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Dies gilt auch dann, wenn der Verkäufer die Leistungen im Kenntnis entgegenstehender oder von den vorliegenden Einheitsbedingungen abweichender Geschäftsbedingungen vorhält ausführt.

§ 2 Erfüllungsort, Lieferung und Abnahme

1. Erfüllungsort für alle Leistungen aus dem Lieferungsvertrag ist der Ort der Handelsniederlassung des Verkäufers.
2. Die Lieferung der Ware erfolgt ab inländischem Werk. Diese Versandkosten trägt der Käufer. Der Käufer kann den Frachtführer bestimmen. Die Ware ist unversichert zu versenden. Ein Lieferavis kann vereinbart werden.
3. Verpackungskosten für Spezialverpackungen werden vom Käufer getragen.
4. Sortierte und bei Kombinationen verkaufsgerechte Teilsendungen müssen zeitnah erfolgen und sind vorher anzukündigen. Unsortierte sind nur mit Zustimmung des Käufers statthaft.
5. Wenn infolge des Verschuldens des Käufers die Abnahme nicht rechtzeitig erfolgt, so steht dem Verkäufer nach seiner Wahl das Recht zu, nach Ablauf einer zu setzenden Nachfrist von 12 Kalendertagen entweder die Ware mit sofortiger Fälligkeit in Rechnung zu stellen (Rückstandsrechnung) oder vom Verträge zurückzutreten oder Schadensersatz zu verlangen.

§ 3 Gerichtsstand

Gerichtsstand (auch für Wechsel- und Scheckklagen) ist nach Wahl des Klägers der Ort einer deutschen Handelsniederlassung einer der Parteien. Der Kläger ist auch berechtigt, am Sitz der für den Verkäufer zuständigen Fach- oder Kartellorganisation zu klagen (Wuppertal). Das zuerst angerufene Gericht ist zuständig.

§ 4 Vertragsinhalt

1. Die Lieferung der Ware erfolgt zu bestimmten Terminen (Werktag oder eine bestimmte Kalenderwoche). Alle Verkäufe werden nur zu bestimmten Mengen, Artikeln, Qualitäten und festen Preisen abgeschlossen. Hieran sind beide Parteien gebunden. Kommissionsgeschäfte werden nicht getätigt.
2. Blockaufträge sind zulässig und müssen bei Vertragsabschluss befristet werden. Die Abnahmefrist darf höchstens 12 Monate betragen.

§ 5 Unterbrechung der Lieferung

1. Bei höherer Gewalt, von einer Vertragspartei nicht zu vertretenden Arbeitskampfmaßnahmen und sonstigen unverschuldeten Betriebsstörungen, die länger als eine Woche gedauert haben oder voraussichtlich dauern, wird die Lieferungs- bzw. Abnahmefrist ohne Weiteres um die Dauer der Behinderung, längstens jedoch um 5 Wochen verlängert. Die Verlängerung tritt nur ein, wenn der anderen Partei unverzüglich Kenntnis von dem Grund der Behinderung gegeben wird, sobald zu übersehen ist, dass die Lieferungs- bzw. Abnahmefrist nicht eingehalten werden kann.
2. Ist die Lieferung bzw. Abnahme in den in Ziff. 1 genannten Fällen nicht innerhalb der verlängerten Lieferungs- bzw. Abnahmefrist erfolgt, kann die andere Vertragspartei nach Ablauf einer zu setzenden Nachfrist von 12 Kalendertagen vom Vertrag zurücktreten.
3. Schadensersatzansprüche sind in den Fällen von Ziff. 1 ausgeschlossen, wenn die jeweilige Vertragspartei ihrer Obliegenheit gem. Ziff. 1 genügt hat.

§ 6 Nachlieferungsfrist

1. Nach Ablauf der Lieferfrist wird ohne Erklärung eine Nachlieferungsfrist von 12 Kalendertagen in Lauf gesetzt. Nach Ablauf dieser Frist kann der Käufer durch schriftliche Erklärung vom Vertrag zurücktreten. Will der Käufer Schadensersatz statt der Leistung beanspruchen, muss er dem Verkäufer nach Ablauf der vereinbarten Lieferfrist schriftlich eine 4-Wochenfrist setzen. Die gesetzlichen Regelungen über die Entbehrlichkeit der Fristsetzung (§ 281 Abs. 2, § 323 Abs. 2 BGB) bleiben unberührt.
2. Für versandfertige Lagerware und NOS-Ware - „Never-out-of-Stock“ - beträgt die Nachlieferungsfrist 5 Werktage. Bei Nichtlieferung ist der Käufer unverzüglich zu informieren. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Ziff. 1.
3. Vor Ablauf der Nachlieferungsfrist sind Ansprüche des Käufers wegen verspäteter Lieferung ausgeschlossen, soweit § 8 Ziff. 2 und 3 keine Anwendung finden.

§ 7 Mängelrüge

1. Mängelrügen sind bei offenen Mängeln spätestens innerhalb von 12 Kalendertagen nach Empfang der Ware an den Verkäufer abzusenden. Versteckte Mängel hat der Käufer unverzüglich nach deren Entdeckung gegenüber dem Verkäufer zu rügen.
2. Nach Zuschnitt oder sonst begonnener Verarbeitung der gelieferten Ware ist jede Beanstandung offener Mängel ausgeschlossen.
3. Geringe, technisch nicht vermeidbare Abweichungen der Qualität, Farbe, Breite, des Gewichts, der Ausrüstung oder des Dessins stellen keinen Sachmangel dar. Dies gilt auch für handelsübliche Abweichungen, es sei denn, dass der Verkäufer eine mustergetreue Lieferung schriftlich erklärt hat.
4. Bei berechtigten Mängelrügen hat der Käufer nach Wahl des Verkäufers das Recht auf Nachbesserung oder Lieferung manglefreier Ersatzware innerhalb von 12 Kalendertagen nach Rückempfang der Ware. In diesem Fall trägt der Verkäufer die Frachtkosten. Ist die Nacherfüllung fehlgeschlagen, hat der Käufer nur das Recht, den Kaufpreis zu mindern oder vom Vertrag zurückzutreten, sofern nicht § 8 Ziff. 2 und 3 Anwendung finden.
5. Ist die Mängelrüge nicht fristgerecht erfolgt, gilt die Ware als genehmigt.

§ 8 Schadensersatz

1. Schadensersatzansprüche des Käufers sind ausgeschlossen, sofern in diesen Bedingungen nichts Abweichendes geregelt ist.
2. Der Ausschluss in Ziff. 1 gilt nicht, soweit eine Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz, bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern und leitenden Angestellten, bei Arglist, bei Nichteinhaltung einer übernommenen Garantie, bei der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder bei der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten besteht; wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägen und auf die der Käufer vertrauen darf. Ein Schadensersatzanspruch wegen Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen und vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit kein anderer in Satz 1 genannter Fall vorliegt.
3. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Käufers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

§ 9 Zahlung

1. Die Rechnung wird zum Tage der Lieferung bzw. der Bereitstellung der Ware ausgestellt. Ein Hinausschieben der Fälligkeit (Valutierung) ist grundsätzlich ausgeschlossen.
2. Rechnungen sind zahlbar:
 1. innerhalb von 10 Tagen nach Rechnungsstellung und Warenversand mit 4 % Eiskonto
 2. ab 11. bis 30. Tag nach Rechnungsstellung und Warenversand mit 2,25 % Skonto
 3. ab 31. bis 60. Tag nach Rechnungsstellung und Warenversand netto.Ab dem 61. Tag tritt Verzug gemäß § 286 Abs. 2 Nr. 1 BGB ein.

3. Werden anstelle von barem Geld, Scheck oder Überweisung vom Verkäufer Wechsel angenommen, so wird bei der Hereinnahme der Wechsel nach dem Nettoziel vom 61. Tage ab Rechnungsstellung und Warenversand ein Zuschlag von 1 % der Wechselsumme berechnet.
4. Statt der vorstehenden Regelung kann wie folgt reguliert werden, sofern sich der Käufer hieran mindestens 12 Monate bindet:

Rechnungen ab	zu begleichen mit 4 % Skonto am	zu begleichen mit 2,25 % Skonto am	zu begleichen netto am
1.- 10. eines Monats	15. d. gleichen Monats	5. d. nächsten Monats	5. d. übernächsten Monats
11.- 20. eines Monats	25. d. gleichen Monats	15. d. nächsten Monats	15. d. übernächsten Monats
21.- Ultimo eines Monats	5. d. nächsten Monats	25. d. nächsten Monats	25. d. übernächsten Monats

Für die Regulierungsart gelten die Ziff. 1-3 entsprechend.

5. Änderungen der Regulierungsweise sind 3 Monate vorher anzukündigen.
6. Zahlungen werden stets zur Begleichung der ältesten fälligen Schuldposten zuzüglich der darauf aufgelaufenen Verzugszinsen verwendet.
7. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit der Zahlung ist die endgültige Gutschrift auf dem Konto des Verkäufers.

§ 10 Zahlung nach Fälligkeit

1. Bei Zahlungen nach Fälligkeit werden Zinsen von 9 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz im Sinne von § 247 BGB berechnet. Im Übrigen findet § 288 BGB Anwendung.
2. Vor vollständiger Zahlung fälliger Rechnungsbeträge einschließlich Zinsen ist der Verkäufer zu keiner weiteren Lieferung auslaufenden Lieferverträgen verpflichtet. Die Geltendmachung eines Verzugschadens bleibt vorbehalten.
3. Bei wesentlicher Verschlechterung der Vermögensverhältnisse, wie z.B. drohender Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsverzug, kann der Verkäufer bei allen Lieferverträgen, die auf demselben rechtlichen Verhältnis beruhen, die ihm obliegende Leistung verweigern oder nach Setzung einer Nachfrist von 12 Kalendertagen von diesen Lieferverträgen zurücktreten. Im Übrigen gilt § 321 BGB. § 119 InsO bleibt unberührt.

§ 11 Aufrechnung und Zurückbehaltung

Die Aufrechnung und Zurückbehaltung fälliger Rechnungsbeträge ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig, soweit es sich dabei nicht um Schadensersatzansprüche handelt, die in engem Zusammenhang zum Anspruch des Käufers auf manglefreie Vertragserfüllung stehen.

§ 12 Eigentumsvorbehalt

1. Die Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung sämtlicher Forderungen aus Warenlieferungen aus der gesamten Geschäftsverbindung, einschließlich Nebenforderungen, Schadensersatzansprüchen und Einlösungen von Schecks und Wechseln, Eigentum des Verkäufers. Der Eigentumsvorbehalt bleibt auch dann bestehen, wenn einzelne Forderungen des Verkäufers in eine laufende Rechnung aufgenommen werden und der Saldo gezogen und anerkannt wird.
2. Wird die Vorbehaltsware vom Käufer zu einer neuen beweglichen Sache verbunden, vermischt oder verarbeitet, so erfolgt dies für den Verkäufer, ohne dass dieser hieraus verpflichtet wird. Durch die Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung erwirbt der Käufer nicht das Eigentum gem. §§ 947 ff. BGB an der neuen Sache. Bei Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung mit nicht dem Verkäufer gehörenden Sachen erwirbt der Verkäufer Miteigentum an der neuen Sache nach dem Verhältnis des Fakturenwertes seiner Vorbehaltsware zum Gesamtwert.
3. Sofern in die Geschäftsabwicklung zwischen Verkäufer und Käufer eine zentralregulierende Stelle eingeschaltet ist, die das Dekredite übernimmt, überträgt der Verkäufer das Eigentum bei Versendung der Ware an die zentralregulierende Stelle mit der aufschiebenden Bedingung der Zahlung des Kaufpreises durch den Zentralregulierer. Der Käufer wird erst mit Zahlung durch den Zentralregulierer frei.
4. Der Käufer ist zur Weiterveräußerung oder zur Weiterverarbeitung nur unter der Berücksichtigung der nachfolgenden Bedingungen berechtigt:
 - a) Der Käufer darf die Vorbehaltsware nur im ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb veräußern oder verarbeiten, sofern sich seine Vermögensverhältnisse nicht nachträglich wesentlich verschlechtern.
 - b) Der Käufer tritt hiermit die Forderung mit allen Nebenrechten aus dem Weiterverkauf der Vorbehaltsware – einschließlich etwaiger Saldoforderungen – an den Verkäufer ab. Der Verkäufer nimmt diese Abtretung an.
 - c) Wurde die Ware verbunden, vermischt oder verarbeitet und hat der Verkäufer hieran in Höhe seines Fakturenwertes Miteigentum erlangt, steht ihm die Kaufpreisforderung anteilig zum Wert seiner Rechte an der Ware zu.
 - d) Hat der Käufer die Forderung im Rahmen des echten Factorings verkauft, tritt der Käufer die an ihre Stelle tretende Forderung gegen den Factor an den Verkäufer ab und leitet seinen Verkaufserlös anteilig zum Wert der Rechte des Verkäufers an der Ware an den Verkäufer weiter. Der Käufer ist verpflichtet, dem Factor die Abtretung offenzulegen, wenn er mit der Begleichung einer Rechnung mehr als 10 Tage überfällig ist oder wenn sich seine Vermögensverhältnisse wesentlich verschlechtern. Der Verkäufer nimmt diese Abtretung an.
 - e) Der Käufer ist ermächtigt, solange er seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, die abgetretenen Forderungen einzuziehen. Die Einziehungsermächtigung erlischt bei Zahlungsverzug des Käufers oder bei wesentlicher Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Käufers. In diesem Falle wird der Verkäufer hiermit vom Käufer bevollmächtigt, die Abnehmer von der Abtretung zu unterrichten und die Forderungen selbst einzuziehen. Für die Geltendmachung der abgetretenen Forderungen muss der Käufer die notwendigen Auskünfte erteilen und die Überprüfung dieser Auskünfte gestatten. Insbesondere hat er dem Verkäufer auf Verlangen eine genaue Aufstellung der ihm zustehenden Forderungen mit Namen und Anschrift der Abnehmer, Höhe der einzelnen Forderungen, Rechnungsdatum usw. auszuhändigen.
5. Übersteigt der Wert der für den Verkäufer bestehenden Sicherheit dessen sämtliche Forderungen um mehr als 10 %, so ist der Verkäufer auf Verlangen des Käufers insoweit zur Freigabe von Sicherheiten nach seiner Wahl verpflichtet.
6. Verpfändung oder Sicherungsübereignung der Vorbehaltsware bzw. der abgetretenen Forderungen sind unzulässig. Von Pfändungen ist der Verkäufer unter Angabe des Pfändungsgläubigers sofort zu unterrichten.
7. Nimmt der Verkäufer in Ausübung seines Eigentumsvorbehaltsrechts den Liefergegenstand zurück, so liegt darin nicht automatisch ein Rücktritt vom Vertrag vor. Der Verkäufer kann sich aus der zurückgenommenen Vorbehaltsware durch freihändigen Verkauf befriedigen.
8. Der Käufer verwahrt die Vorbehaltsware für den Verkäufer unentgeltlich. Er hat sie gegen die üblichen Gefahren, wie z.B. Feuer, Diebstahl und Wässer, im gebrauchlichen Umfang zu versichern. Der Käufer tritt hiermit seine Entschädigungsansprüche, die ihm aus Schäden der obengenannten Art gegen Versicherungsgesellschaften oder sonstige Ersatzverpflichtete zustehen, an den Verkäufer in Höhe des Fakturenwertes der Ware ab. Der Verkäufer nimmt die Abtretung an.
9. Sämtliche Forderungen sowie Rechte aus dem Eigentumsvorbehalt an allen in diesen Bedingungen festgelegten Sonderformen bleiben bis zur vollständigen Freistellung aus Eventualverbindlichkeiten (Scheck-Wechsel), die der Käufer im Interesse des Käufers eingegangen ist, bestehen. Dem Käufer ist es im Falle des Satzes 1 grundsätzlich gestattet, Factoring für seine Außenstände zu betreiben. Er hat jedoch vor Eingehen von Eventualverbindlichkeiten den Verkäufer darüber zu informieren.

§ 13 Anwendbares Recht

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980 wird ausgeschlossen.

Datenschutz

Die Firma ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG erhebt, verarbeitet und nutzt die personenbezogenen Daten zum Zweck der Abwicklung der Kunden- und Lieferantenbeziehungen. Eine Übermittlung der Daten erfolgt im Rahmen der geschäftsnötigen Prozesse. Soweit es zur Wahrung berechtigter Interessen der Firma ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG erforderlich ist, übermittelt die Firma ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG Fakturierungsdaten an Inkasso-Unternehmen. Die Firma ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG stellt sicher, dass schutzwürdige Belange der personenbezogenen Kunden- und Lieferantendaten in Bezug auf die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen nicht beeinträchtigt werden.



Prices are ex works, plus the applicable rate of value added tax. Invoices are payable within 10 days of receipt, net cash, without any deductions. Different payment terms may be granted in individual cases by prior agreement. Block orders must be completed within 6 months, other deadlines by agreement.
Invoice amounts under EUR 150.00 are payable immediately, net cash, without deduction of discount.
Member of Treuhandgemeinschaft für Textilindustrie GmbH, Krefeld.

Modifications to the standard terms and conditions: Standard terms and conditions of the German textile industry, therefore, with modifications to the following paragraphs:

4 Subject matter of the contract

2. Block orders are permitted and must be limited in time when the contract is concluded. The acceptance period may not exceed 6 months. Other periods may be agreed upon.

9 Payment

2. Invoices are payable:

- within 10 days of receipt of invoice without deduction, net cash.
From the 11th day the purchaser shall be in default in accordance with section 286 para. 2 No. 1 of the German Civil Code.
- Other payment terms by agreement.
- Invoice amounts under EUR 150.00 are payable immediately, net cash, without deduction of discounts.

Standard Conditions of the German Textile Industry

Version as of: 01/01/2020

1 Scope of Application

- The Standard Conditions shall apply solely between merchants.
- All deliveries and services of the seller shall be subject to the following Standard Conditions of the German Textile Industry. General Terms and Conditions of the purchaser shall not be recognised by the seller, unless the seller has agreed to their validity in writing. This also applies if the seller unconditionally performs the services having knowledge of contrary or deviating conditions to the present Standard Conditions.

2 Place of performance, delivery and acceptance

- The place of performance for all obligations under the delivery agreement shall be the place of the registered place of business of the seller.
- The goods shall be delivered ex (domestic) works. The shipping costs shall be borne by the purchaser. The purchaser may determine the carrier. The goods shall be sent uninsured. The parties may agree that a shipping notice must be issued.
- Packing costs for special packaging shall be borne by the purchaser.
- Sorted partial shipments and in the case of combinations, partial shipments adequate for sale must be processed promptly and advance notice of such deliveries shall be given to purchaser. Unsorted shipments shall only be permitted with the prior consent of the purchaser.
- If the purchaser is at fault for not accepting the goods in a timely manner, the seller may at his discretion, and after giving notice of a grace period of 12 calendar days, either invoice the goods with payment being due immediately (backorder invoice) or withdraw from the contract or claim damages.

3 Place of legal venue

The place of legal venue (also for bills of exchange and check complaints) shall be, at the plaintiff's discretion, at a German registered place of business of one of the parties. The plaintiff may also take legal action at the registered office of the specialist organisation responsible for the seller (Wuppertal, Germany).
The court to which recourse is first sought shall have jurisdiction.

4 Subject matter of the contract

- The goods shall be delivered on determined dates (workday or a specific calendar week). All sales shall be concluded for determined quantities, articles, levels of quality and fixed prices. Both parties shall be bound hereto. Commission business shall not be entered into.
- Block orders are permitted and must be limited in time when the contract is concluded. The acceptance period shall not exceed 12 months.

5 Interruption of Delivery

- In the event of force majeure, labour disputes for which a party is not responsible for, and other operational disruptions that are beyond a party's control and have lasted or are expected to last longer than a week, the delivery or acceptance period shall readily be extended by the duration of the obstruction, but not exceed 5 weeks. The extension shall only be granted if the other party is immediately given notice of the reason for the obstruction, as soon as it is clear that the delivery or acceptance deadline cannot be met.
- If in the cases referred to in clause 1 hereinabove, the delivery or acceptance does not take place within the extended delivery or acceptance period the other party may withdraw from the contract, after giving notice of a grace period of 12 calendar days.
- Claims for damages shall be excluded in the cases referred to in clause 1, if the relevant party has satisfied its obligation in accordance with clause 1.

6 Grace period for delivery

- After expiry of the delivery period, a grace period of 12 calendar days shall start without any declaration being required. After the grace period, the purchaser may withdraw the contract by giving notice in writing. If the purchaser wishes to claim damages instead of delivery, it must give written notice to the seller of a 4-week delivery period after expiry of the agreed delivery date. The statutory regulations according to which setting an additional period for performance is not required (sections 281 para. 2 and 323 para. 2 of the German Civil Code) shall remain unaffected by this.
- The grace period for goods in stock that are ready for dispatch, and NOS goods—"Never-out-of-stock"— is of 5 working days. The purchaser must be informed immediately in the event of non-delivery. Furthermore, the provisions of clause 1 shall apply.
- Before the end of the grace period for delivery, claims of the purchaser for late delivery shall be excluded, inasmuch as section 8 clauses 2 and 3 do not apply.

7 Notice of defect

- Notices for open defects shall be sent to the seller no later than 12 calendar days after receipt of the goods. Hidden defects must be notified by the seller without delay as soon as they are discovered.
- Any claim for open defects shall be excluded after the supplied goods have been cut or processed in any other way.
- Minor, technically unavoidable deviations in quality, colour, width, weight, finish or design shall not be considered as defects. This also applies for standard deviations, unless the seller has declared in writing that the delivered goods must strictly match a given sample.
- In case of justified notice of defects, the purchaser may claim repair of the goods or delivery of replacement goods at the seller's discretion within 12 calendar days after receipt of the returned goods by seller. In this case, the seller shall pay the freight costs. If subsequent repair or replacement delivery fails, the purchaser may only proportionally reduce the purchase price or withdraw from the contract, inasmuch as section 8 clauses 2 and 3 do not apply.
- If the notice of defect is not given in a timely manner, the goods shall be deemed as approved.

8 Compensation for damages

- Claims for damages made by the purchaser shall be excluded unless otherwise agreed in these conditions.
- The exclusion in clause 1 shall not apply in case of a liability under the German Product Liability Act, in case of intent or gross negligence by the business owners, legal representatives and leadership, malice, failure to comply with a provided guarantee, in the event of intentional or negligent injury to life, body or health or in the event of the culpable breach of a material contract obligation; a material contractual obligation is one that shapes the contract and in the performance of which the purchaser may trust. The claim for damages because of a material breach shall be limited to foreseeable damage typical for a contract of this kind, unless another case referred to in sentence 1 applies.
- A change of the burden of proof to the detriment of the purchaser is not linked to the above regulations.

9 Payment

1. The invoice shall be issued on the date of delivery or the date of provision of the goods. Postponement of the due date (value date) is fundamentally excluded.

2. Invoices are payable:

- within 10 days of invoicing and dispatch of goods with 4% express discount payment
 - from 11 to 30 days after invoicing and dispatch of goods with 2.25% discount
 - from 31 to 60 days after invoicing and dispatch of goods net.
- From the 61st day the purchaser shall be in default in accordance with section 286 para. 2 No. 1 of the German Civil Code.
If a bill of exchange is accepted by the seller in lieu of cash, cheques or wire transfer then a surcharge of 1% of the value of the bill is to be charged as of the 61st day from the date of invoice and dispatch of goods.

4. Instead of the above clauses, payment may be regulated as follows, provided that the purchaser is bound to this for at least 12 months:

Invoices from	to be settled with 4% discount on	to be settled with 2.25% discount on	to be settled net on
1st–10th one of a month	15th of the same month	5th of the next month	5th of the following month
11th–20th of a month	25th of the same month	15th of the next month	15th of the following month
21st–end of a month	5th of the next month	25th of the next month	25th of the following month

Clauses 1–3 shall apply accordingly to the above payment schedule.

- Changes to chosen payment schedule shall be announced three months in advance.
- Payments shall be applied to the oldest debt which is due plus the accrued interest on arrears.
- The timeliness of payments is determined by the date the payment is credited to the account of the seller.

10 Payment after the due date

- For payments made after the due date interest of 9 percentage points above the base rate shall be charged in accordance with section 247 of the German Civil Code. In other respects, section 288 of the German Civil Code shall apply.
- Until complete payment of invoice amounts that are due including default interest, the seller is not obliged to make any further deliveries in accordance with ongoing delivery contracts. The right to claim further damages remains.
- In the event of a substantial deterioration in the financial circumstances of the purchaser, such as imminent insolvency or payment default, the seller may suspend his performance regarding all supply contracts that are based on the same legal relationship or withdraw from this delivery agreement after giving a notice period of 12 calendar days. Apart from this, section 321 of the German Civil Code shall apply. Section 119 of the German Insolvency Statute shall remain unaffected.

11 Right to off-set and to retain payments

The right to off-set and retain payments on due invoice amounts is only permitted with undisputed or legally binding claims, unless a claim for damages directly linked to the purchaser's claim for faultless delivery is concerned.

12 Retention of title

- The goods shall remain the property of the seller until full payment of all receivables for the delivery of goods arising from the business relationship with seller, including ancillary claims, damages as well as payment of cheques and bills of exchange. The right of retention of title shall remain even if individual claims of the seller are included in an open account and the balance is drawn and recognised.
- If the purchaser processes, mixes or combines the goods under retention of title into a new movable good, this shall be done for the seller, without any liability to the seller. By combining, mixing or processing the goods, the purchaser does not acquire ownership of the new item according to sections 947 ff. of the German Civil Code. By combining, mixing or processing the goods under retention of title with items that do not belong to the seller, the seller acquires a joint ownership right in the new item according to the invoice value of his right of retention in proportion to the total value of the new item.
- If a central settlement agency, which assumes the accounts receivable risk is involved in the business relationship between the seller and purchaser, the seller shall transfer ownership of the claim upon dispatch of the goods to the central settlement agency under the suspensive condition of payment of the invoice by the central settlement agency. The purchaser is only released from his payment obligation upon payment by the central settlement agency.
- The purchaser may resell or further process the goods only under the following conditions:
 - The purchaser may sell or process the goods under retention of title in the ordinary course of business, provided that his financial situation does not subsequently significantly deteriorate.
 - The purchaser hereby assigns any claim with all ancillary rights arising from the resale of the goods under retention of title—including any open balance claims—to the seller. The seller accepts this assignment.
 - If the goods were combined, mixed or processed and the seller has acquired joint ownership in the amount of the invoiced value, then he shall be entitled to the purchase price in proportion to the value of his invoiced right to the goods.
 - If the purchaser has sold the claim to a factor, the purchaser assigns the claim against the factor which replaces the original claim to the seller and transfers the proceeds to the seller in proportion to the value of the seller's right. The purchaser is obliged to disclose the assignment to the factor if it is more than 10 days overdue with an invoice or if his financial situation deteriorates significantly. The seller accepts this assignment.
 - As long as the purchaser meets his payment obligations, he is authorized to collect upon the receivables which have been assigned pursuant to the retention of title clause. The right to collect upon these claims expires in case of payment default by the purchaser or in case of a significant deterioration of the financial situation of the purchaser. In this case the seller is authorized by the purchaser to inform the customers of the purchaser of the assignment and the ownership of the seller in the accounts receivable. To enable the seller to collect upon the assigned claims, the purchaser must provide the necessary information and allow verification of the information. More particularly, the purchaser must provide the seller with a detailed list of all outstanding claims which have been assigned by reason of the retention of title right with the names and addresses of the customers, the amount of each claim, invoice date, etc.
- If the value of the existing security provided to the seller by reason of the extended retention of title claims exceeds the total amount of the seller's claims by more than 10%, the seller must proportionally release securities at his discretion upon the purchaser's request.
- The assigned claims may not be pledged and a security interest in the claims may not be transferred. In the event of a seizure or an attachment, the purchaser must immediately inform the seller of the name of the creditor who has executed the attachment or seizure.
- If, in the exercise of his retention of title, the seller demands the delivered items back, this shall not automatically be deemed a withdrawal from the contract. The seller is free to sell the returned goods subject to the retention of title by means of a private sale.
- The purchaser shall store the goods under retention of title for the seller free of charge. He shall insure them against standard risks, such as fire, theft and water damage within the usual scope. The purchaser hereby assigns his claims for damages against insurance companies or third parties because of the realisation of the aforementioned risks in the invoiced amount of the retained goods to the seller. The seller accepts the assignment.
- All claims and rights arising from the retention of title and all its special forms defined in these conditions shall remain in force until there is a complete release from contingent liabilities such as out of checks and bills of exchange that the seller has incurred in the interest of the purchaser. In the case of sentence 1, the purchaser may carry out the factoring of his accounts receivable. However, he must inform the seller before incurring any contingent liabilities.

13 Applicable Law

The law of the Federal Republic of Germany shall apply. The United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods of 11/04/1980 is excluded.

Data protection

ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG collects, processes, and uses personal data for the purpose of managing customer and supplier relationships. Data is transferred within the scope of business-related processes. Insofar as it is necessary to protect the legitimate interests of ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG, ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG transfers billing data to debt collection agencies. ARTUR MÖNCH GmbH & Co. KG ensures that the legitimate interests of personal customer and supplier data are not compromised in relation to the statutory data protection provisions.